411 Städt. Bibliothek S 839

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 205. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 29. September 1933. | 15. Jahrgang.

Von Freiheit hab ich geträumt,
Die Ewigkeit drüber versäumt.
Um Freiheit hab ich gerungen,
Mein Herz ist drüber zersprungen,
Zerschunden hat mich die Not, —
Dann fand ich Gott.

E. v. Maltzahn.

Japan's „Asien den Asiaten"!

Von Atlanticus.

Seit dem Frieden von Shimonoseki, im April 1895, hat Japan unermüdlich auf ein Ziel hingearbeitet, das, auf kurze Formel gebracht, lautet: „Asien den Asiaten!" Damals hat es zwar das Eingreifen der Westmächte — mit Ausnahme Englands — zu seinen Ungunsten hingenommen; es fand sich auch ein Jahrzehnt später beim Friedensschluß mit Rußland mit der Mitwirkung der USA und Englands zugunsten Rußlands ebenso ab, wie mit der erzwungenen Rückgabe Tsingtaus an China 1920 und zwei Jahre später der von Wladiwostok an Rußland, aber sein Ziel hat es nie aus dem Auge verloren. Japan hat zäh um seinen Aufstieg und um die Vorherrschaft im Fernen Osten gerungen, und — wer könnte es leugnen? — hat sie auch errungen. Wer könnte ihm diese Vorherrschaft jetzt noch streitig machen? Wie kläglich und beschämend sind die Versuche der Westmächte, Japan unter das Joch völkerbundlicher Entscheidungen zu beugen, gescheitert! Japan hat heute festen Fuß in der Mandschurei gefaßt, *Mandschukuo* ist s e i n Vasallenstaat, daran läßt sich *nichts drehen* noch deuteln.

Keine Macht könnte Japan heute mehr zwingen, von seinem Vormarsch auf dem asiatischen Kontinent und im pazifischen Raum abzustehen. England verspürt dazu weniger als je Lust. Es würde nicht einmal den Vereinigten Staaten von Nordamerika bei solchem Versuch helfen. Erstens fürchtete es bei einer Parteinahme gegen Japan dessen Zorn, der sich gegen die britischen Besitzungen im Osten richten würde, und zweitens sieht es jede Schwächung der USA als eine Stärkung der eigenen Stellung an. An dieser Stelle ist erst kürzlich dargelegt worden, weshalb ein Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Japan ein außerordentliches Risiko für sie bedeutet. Wenn sie gegen Japan vorgehen wollten, so hätte das vor Jahren geschehen müssen, heute ist es dazu zu spät. Allein können sie es nicht mehr schaffen. Es ist möglich, daß die Annäherungsversuche an Rußland praktisch auf eine Werbung um Waffenhilfe hinauslaufen. Es ist aber mehr als fraglich, ob sie zu erlangen ist, denn den russischen Machthabern kann nichts unwillkommener sein, als eine kriegerische Auseinandersetzung. Ihre Haltung in der Mandschureifrage und ihre Abschlüsse der verschiedenen Nichtangriffspakte im Westen deuten darauf hin.

Wenn Japan im Verlaufe des letzten Jahrzehnts sich außenpolitisch durchsetzen konnte, so ist das seiner festen Haltung, aber ebenso sehr den Eifersüchteleien der Westmächte zu danken. Die asiatische Großmacht hat schwer ringen müssen, denn ihre Expansionspolitik wurde zeitweilig stark durch innenpolitische Schwierigkeiten gehemmt. Die Prophezeiung, daß Japan „es wirtschaftlich nicht durchhalten könne", hat sich als falsch erwiesen. Im Gegenteil macht Japan umgekehrt seinen Gegenspielern gerade wirtschaftlich schwer zu schaffen.

Die innenpolitischen Hemmnisse Japans sind nun durch das energische Eingreifen des Kriegsministers Araki beseitigt. Sie wurde teils durch die parteipolitischen Machtkämpfe zwischen den beiden großen Parteien, der Seiyukei und Minseito um die Vorhand, teils durch, geflissentlich von Rußland genährte, revolutionäre Umtriebe und die gewerkschaftlichen Machtkämpfe verursacht. Wie überall in der Welt wurden diese Störungsmomente weitgehend gefördert und ausgenutzt durch großkapitalistische Faktoren, die auch in Japan es verstanden, sich die bodenständige Wirtschaft hörig zu machen.

Die beiden großen Parteien, Seiyukei und Minseito, haben sich nunmehr bereit gefunden — sie wären sonst auch wohl fortgefegt worden, — das Programm des Kabinetts Saito-Araki bedingungslos zu unterstützen. Dieses Kabinett des nationalen Aufbaues und Wollens erfährt nach Ausschiffung der liberalen und parlamentarischen Minister, vor allem des Finanzministers Takatschi und des Außenministers Utschida, eine Umbldung.

Das Programm des Ministeriums Saito-Araki enthält Gedankengänge, die den faschistischen oder nationalsozialistischen ähnlich sind. Der vorwärtstreibende Mann, Generalleutnant Araki, stützt sich zwar nicht auf irgendeine große politische Organisation, sondern sieht in der Wehrmacht den Träger seiner Freiheitsbewegung. Der Premierminister, Admiral Saito, der sich bereits im russisch-japanischen Kriege besonders auszeichnete, steht durchaus hinter seinem jüngeren Kollegen, wenngleich er allzu starkem Vorwärtsdrang abgeneigt ist. Die wesentlichen Programmpunkte sind: Stärkung der kaiserlichen Macht, Zurückdrängung des parlamentarischen Einflusses auf die Verwaltung. Beseitigung der liberalistischen Tendenzen und aller der japanischen Eigenart widersprechenden Methoden in der Verwaltung des Landes und seiner Kolonien. Kampf gegen die Hochfinanz und gegen die durch die großen Konzerne mit Hilfe der Parteien großgezogene Korruptionswirtschaft, Säuberung aller Aemter von dadurch belasteten Persönlichkeiten. Weitgehende und gleichmäßige Förderung der gesamten nationalen Produktion, unter planmäßiger Wiederherstellung eines gesunden Bauerntums als nationaler Kraftquelle. Besondere Stärkung der Wehrmacht zu Wasser und zu Lande, und schließlich zielbewußte Förderung der panjapanischen Bestrebungen sowohl auf dem ostasiatischen Festlande wie im pazifischen Raum, soweit dies unbedingt zur Sicherstellung der Existenzmöglichkeit des japanischen Volkes nötig ist.

Araki hat zu diesem letzten Programmpunkt erklärt, daß Japan keinerlei weitergehende imperialistische Ziele als diese verfolge. Sie aber seien einzig und allen durch die wachsende Volkszahl bedingt, deren Lebensbasis durch die Insellage Japans beschränkt sei. Außerdem sei Japan zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft gezwungen, sich Rohstaffgrundlagen außerhalb des rohstoffarmen Inselreiches zu sichern.

Bemerkenswert ist dazu noch eine Auslassung einer dem japanischen Premierminister Saito nahestehenden Zeitung der „Mijako", wonach folgende neue Richtlinien der japanischen Außenpolitik befolgt werden sollen: Nichtangriffspakt mit Rußland; vollkommene Abkehr von der europäischen Politik; Asien gehört nur den Asiaten; Zusammenschluß der mongolischen, chinesischen, mandschurischen und japanischen Völker unter der Führung Japans; die Vorherrschaft auf dem Stillen Ozean gehört Japan; Japan ändert seine Politik gegenüber Amerika und Frankreich.

Was hat Europa nun dieser positiven Parole: „Asien den Asiaten" entgegenzusetzen? Nichts, als ein müdes und klägliches: „Es wird schon so schlimm nicht werden."

Das ist der kurze Sinn langatmiger Verlegenheitsdeutungen, die man in der Presse der Westmächte findet. Nichts von einem Sich-stark-machen-wollen gegenüber der Gefahr, die doch jeder Klarblickende zugeben muß. Es scheint, als ob die Westmächte, diese „Herren der Welt", keines anderen als des „Profit"gedankens mehr fähig sind. Krampfhaft schließen sie die Augen gegenüber der größten politischen Gefahr, die gerade sie bedroht. Müde und feige, wie sie geworden sind, würden sie ruhig jede Demütigung durch die von ihnen verachteten Rassen hinnehmen, wenn nur das „Geschäft" nicht litte.

Das ist aber nun doch der Fall, und das stört sie auf, allerdings zu spät. Daß die farbige Welt, Japan voran und Rußland auch wirtschaftlich gegen die Herren der Welt vorgeht, das ist zuviel. Spengler erwähnt in seinem neuesten Buch*) an einer Stelle, daß Japan z. B. in Java Fahrräder für 12 Mk. und Glühbirnen für 5 Pfg. das Stück anbietet, daß der javanische Kleinbauer seinen selbstgeernteten Reis für die Hälfte des Preises verkauft, den der europäische Pflanzer dafür verlangen muß. Da kann ein Europäer freilich nicht mehr mit, da ist für ihn kein Geschäft mehr möglich.

Demnächst soll die japanisch-mandschurische Handelsföderation abgeschlossen werden. Sie wird praktisch den Ausschluß des europäischen Exportes bedeuten, weil niemand mit den Preisen der Asiaten konkurrieren kann. Weiter soll in diesen Tagen ein großes Geschäft zwischen Japan und Brasilien abgeschlossen werden, wonach Japan für Brasilien Kriegsschiffe bauen soll. Die Kosten werden auf 180 Millionen Yen (etwa 130 Mill. Mk.) veranschlagt, die Brasilien zur Hälfte in Kaffee und Manganerzen bezahlen will.

Japan als Konkurrent im Kriegsschiffbau! Wer hätte das vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten? Noch im Weltkriege trat Japan neben eigengebauten mit einer Musterkarte von Kriegsschiffen fremder Herkunft an, heute freilich besitzt es nur noch zwei davon. Ueberall tritt die ostasiatische Großmacht als ernster wirtschaftlicher Konkurrent der Westmächte auf den Plan, und politisch weist es ihnen die Tür im fernen Osten.

Vielleicht tröstet man sich im Westen mit dem Gedanken, daß der Ansturm aus dem Osten ja nicht gleich im nächsten Jahr oder Jahrzehnt zu erwarten ist, weil die Vormacht Japan noch geraume Zeit zum Verdauen des Brockens Mandschurei brauchen wird. Letzteres mag als richtig zugegeben werden, erstes braucht deshalb aber noch nicht durchaus richtig zu sein. Keine Nation wird sich ungestraft eine Politik auf „kurze Sicht" mehr leisten können, noch viel weniger aber eine Politik der Scheuklappen.

*) Oswald Spengler: „Jahre der Entscheidung." Teil 1. Verlag C. H. Beck, München. 3,20 *RM.*

Die Verbundenheit der Saarwirtschaft mit dem Reich.

Von O. Bungeroth.

Die Franzosen hatten bei der Probeabstimmung gelegentlich der Jahrtausendfeier 1925 erkannt, daß es ihnen nicht gelingen würde, die Saarländer dazu zu bestimmen, für einen politischen Anschluß an Frankreich ihre Stimme abzugeben. Seitdem träumt Frankreich von einem wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes. Der bekannte Versöhnungspolitiker Briand sprach 1929 gelegentlich der inzwischen abgebrochenen Saarverhandlungen von der Schaffung einer das Jahr 1935 überdauernden Organisation kohlenindustrieller, metallurgischer und zollpolitischer Beziehungen, womit er eine wirtschaftliche Verstrickung der Saarwirtschaft bezeichnen wollte. Begründet wurde französischerseits diese Bestrebung durch die Behauptung, daß die unter Völkerbundsleitung, im Grunde unter französischer Regie befindliche Saarindustrie viel vorteilhafter sich entwickelt habe, als die deutsche, eine Behauptung, die die „Neue Zürcher Zeitung" sich 1931 zu eigen machte und für das Fortbestehn der Völkerbundsleitung im Saargebiet eintrat.

Wenn diese Behauptung wahr wäre, so würde das Verdienst der wirtschaftlichen Blüte der Saarindustrie — wie wir nachzuweisen hoffen — nicht Frankreich, sondern Deutschland zugebilligt werden müssen. Im übrigen kann diese Blüte stark angezweifelt werden. Das zeigen einmal die schweren Einbußen, welche die Saarwirtschaft durch die Weltwirtschaftskrise so gut wie Deutschland erlitten hat. Nach der amtlichen Statistik war die gerade für das Saargebiet so wichtige Kohlenförderung auf 11,3 Mill. Tonnen 1931 gegenüber 13,57 Mill. Tonnen 1929 zurückgegangen. 1923 betrug sie sogar nur 10,43 Mill. Tonnen. Das ist ein Rückgang von 20 v. H. in zwei Jahren. Wäre die Blüte der Saarwirtschaft wirklich so glänzend, wie die Franzosen behaupten, die auf ihre vermeintlichen Erfolge stolz sind, dann würden nicht auf 100 Beschäftige 48 Erwerbslose fallen, und Frankreich würde nicht 6000 abgebaute sogenannte Saargänger aus der Nachbarschaft der Saar, die doch auch zur Belegschaft ihrer Gruben gehört haben, einfach der deutschen Wohlfahrtsfürsorge überlassen haben. Im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie des Saargebiets ist rund ein Drittel der Belegschaft gegenüber 1929 arbeitslos. In der dortigen Glasindustrie sogar die Hälfte.

Trotz dieser rückläufigen Entwicklung ist der Anteil des Saargebietes an der deutschen Volkswirtschaft sehr groß, was die Verbundenheit der Saarwirtschaft mit dem Deutschen Reiche beweist. Es handelt sich dabei um Rohstoff- wie Fertigwarenlieferung der Saarindustrie an Kohle, Eisen, Glas und Keramik, die nach dem Reichszollgebiet geht.

Es wird in Deutschland viel zu wenig beachtet, was das Saargebiet an uns liefert. Macht die Saarbevölkerung auch nur 1,3 v. H. der Reichseinwohner aus, so liefert doch die saarländische Industrie bis zu 25 v. H. wichtiger Produkte der gesamtdeutschen Erzeugung, z. B. in der Roheisengewinnung, also ein volles Viertel beinahe.

Daß das Saargebiet wirtschaftlich unlöslich mit dem Reich verbunden ist, bestätigt der sicherlich nicht auf unserer Seite stehende Generalsekretär der franko-saarländischen Handelskammer in Saarbrücken, Charles Drouard. Der Versailler Vertrag hatte ja diese Verbundenheit völlig ignoriert, so daß 1925 das Saargebiet ganz einseitig Grund dieses Vertrages zollpolitisch mit Frankreich verbunden wurde. Wäre diese unsinnige, einseitige Verbundenheit aufrecht erhalten worden, dann wäre das Saargebiet einfach wirtschaftlich ruiniert worden. Frankreich kann wohl seine Waren dort absetzen infolge seiner Zollfreiheit. Das Saargebiet ist in der Tat der sechstbeste Kunde Frankreichs und kauft ihm mehr ab, als alle Länder der kleinen Entente und Italien zusammengenommen. Zur A u f n a h m e saarländischer Waren ist Frankreich aber nicht annähernd wie Deutschland in der Lage. Frankreich war deshalb auch klug genug, nach 1925 ein Saarzollabkommen zu treffen, welches es der Saarindustrie ermöglicht, 65 v. H. ihrer Gesamtindustrie in Deutschland wieder unterzubringen. Andererseits ist durch diese für das Saargebiet günstige Abmachung der Saarmarkt für

die Einfuhr deutscher Waren nicht zollfrei geöffnet. Interessant ist dabei, daß dieses für die Saar und Frankreich günstige Zollabkommen eine Revision des Versailler Vertrages bedeutet, deren sich Frankreich wohl kaum bewußt geworden ist.

Wären also die Zollbestimmungen des Versailler Vertrages bestehen geblieben, wäre weiterhin Deutschland kein Absatzgebiet saarländischer Produkte aller Art geblieben, so hätte Frankreich den größten Schaden davon gehabt; denn es hätte seine Waren an der Saar nicht unterbringen können, da die Kaufkraft der Saarbevölkerung völlig vernichtet worden wäre. Wenn Deutschland durch die nichts weniger als gerechte, vielmehr recht einseitige Behandlung Frankreichs im zollpolitischen Verkehr mit der Saar sich nicht zu einer Erhöhung seiner Zollsätze gegen die Einfuhr saarländischer Waren entschließt, so entspringt diese loyale Handlungsweise zweifellos dem Wunsch, der Saarbevölkerung zu helfen und ihr die Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland zu vergelten. Neben dieser mehr gefühlsmäßigen Beurteilung dürfte der Gedanke an die Abstimmung 1935 als realpolitischer Grund in die Waagschale fallen.

Des weiteren ist zu beachten, daß Deutschland bei der Abnahme saarländischer Industrieerzeugnisse auch gleichzeitig die dortige Kohlenerzeugung, wenn auch nur indirekt, bedeutend unterstützt. Denn die Schlüsselindustrien an der Saar verbrauchen bei der Herstellung der Fertigwaren auch annähernd 4-5 Millionen Tonnen Saarkohle bei einer jährlichen Gewinnung von 13 Mill. Tonnen, also ein Drittel der im Saargebiet erzeugten Kohlenmenge. So nimmt denn auch heute das Deutsche Reich mindestens — wenn auch auf indirektem Wege — dieselbe Menge Saarkohle ab wie Frankreich. Trotz der Weltwirtschaftskrise ist mengenmäßig die gesamte Einfuhr aus dem Saargebiet ins Reichszollgebiet nicht wesentlich gefallen: nämlich nur von 16,2 Mill. Dz. im Jahre 1931 auf 15,4 Mill. Dz. im Jahre 1932, ja, im 1. Vierteljahr 1933 konnte sie sogar ein wenig gesteigert werden.

Wenn die Abnahme deutscher Waren im Saargebiet bedeutend abgenommen hat zum Schaden nicht nur für Deutschland, sondern auch der dortigen Bevölkerung, zum Schaden schließlich auch der Franzosen, die bei ihren Ausbeutungsversuchen von der größeren oder geringeren Wohlhabenheit der Saarländer abhängig sind, so ist daran natürlich einmal die durch den Weltkrieg heraufbeschworene Weltwirtschaftskrise schuld. Vor allem aber tragen die Franzosen daran die Hauptschuld. Haben sie doch die seit 1927 günstiger gestalteten Handelsabkommen mit Deutschland selbst sabotiert dadurch, daß sie dieselben zwar nicht formell, aber praktisch aufhoben. Es wäre Pflicht der Saarregierung gewesen, die Saarbevölkerung vor einer derartigen Schädigung zu bewahren. Aber wer kann das erwarten, da die Saarkommission ja zwar nominell ein Institut des Völkerbundes, in Wirklichkeit aber ein französisches Instrument ist? Die Saarbevölkerung, ihrem alten Vaterland von Herzen treu, ergibt sich schweigend in ihr Schicksal. Kann sie die bessere und billigere deutsche Ware nicht mehr kaufen, so verzichtet sie lieber darauf, als daß sie die schlechtere und teurere französische Ware ihren Bedrückern abnimmt, und leidet neben allen politischen Schikanen noch das stetige Steigen das Lebensmittelindex. Man wird unwillkürlich an die Zeit der französischen Regie am Rhein erinnert.

Um welche bedeutenden Mengen aber es sich handelt bei der Verminderung der deutschen Einfuhr geht aus der einen Tatsache schon hervor: Der Verbrauch der saarländischen Bevölkerung an deutschem Schuhwerk war im Laufe von 4 Jahren um das Zwanzigfache gesteigert worden, trotzdem auf den deutschen Schuhen eine Zollbelastung von etwa 15—20 v. H des Wertes ruhte. Durch die von Frankreich allgemein für sein Zollgebiet angeordnete Kontingentierung fiel aber der reichsdeutsche Export an Schuhen auf dem Saarmarkt von 630 Tonnen im Jahre 1931 auf 204 Tonnen im Jahre 1932, also um das dreifache. Die Saarbevölkerung, die zum Glück durch ihre Warenausfuhr nach Deutschland noch über Wasser gehalten wird, ist gezwungen, neben anderen Artikeln die schlechteren und teureren Schuhe aus Frankreich zu beziehen, nur, weil Frankreich den Deutschen keine Einfuhr gönnt. Aehnlich war es auf dem Gebiet der dem saarländischen Geschmacke mehr entsprechenden deutschen Möbeleinfuhr.

Mag nun Frankreich die Bande wirtschaftlicher Verbundenheit der Saar mit dem Reich auf die raffinierteste Weise zu zerstören suchen, so bleibt die Notwendigkeit derselben doch bestehen und wird hoffentlich bei der Abstimmung 1935 zum Sieg kommen und ihre völkerrechtliche Anerkennung finden, wenn nicht der Völkerbund auf Betreiben Frankreichs — wie 1921 in Oberschlesien — rechtswidrige Ausflüchte sucht und findet.

Ausbau der Fettwirtschaft

Neue Maßnahmen des Reichsernährungsministers Darré.

Im Reichsgesetzblatt sind zwei neue Verordnungen zur Regelung der Fettwirtschaft erschienen, durch die die bisher bestehenden Bestimmungen über die Margarinekontingentierung, den Bezug verbilligter Fette für Minderbemittelte, die Deklarationspflicht und die Verordnung über die Fettsteuer ergänzt werden. Wenn auch durch die erwähnten Verordnungen in der deutschen Fettversorgung eine erhebliche Besserung eingetreten ist, so haben sich aber doch bei den verschiedenen Verordnungen gewisse Mängel herausgestellt.

Vor allem erwies sich die Verordnung über den verbilligten Fettbezug für Minderbemittelte insofern als lückenhaft, als diese Minderbemittelten von dem Bezug verbilligter Margarine praktisch ausgeschlossen waren, da der Händler nicht verpflichtet war, diese Konsummargarine nur den Karteninhabern zu liefern. Diese müßten vielmehr, falls keine billige Konsummargarine vorhanden war, andere Fette beziehen.

Weitere Mängel entstanden in der örtlichen Belieferung dadurch, daß die Margarineindustrie die ihr frachtungünstig gelegenen Märkte nicht mehr belieferte, so daß also dort die Zufuhr an billiger Margarine stockte. Diese und andere Schwierigkeiten sollen nun durch die neuen Verordnungen behoben werden.

Nach der sozialpolitischen Seite ist in Zukunft vorgesehen, daß die Inhaber von verbilligten Scheinen vom 1. November an auch Anspruch auf die billige Konsummargarine haben. Weiter erhalten die Minderbemittelten in Zukunft für den Bezug von neun Kilogramm Fetten im Jahr sogenannte Bezugsscheine, und für drei Kilogramm Verbilligungsscheine. Die Bezugsscheine gelten zum Einkauf von Haushaltsmargarine, für deren Höchstpreis 38 Pfennig pro Pfund bestimmt werden und die in Zukunft eine besondere Kennzeichnung tragen muß.

Diese Margarine ist aus Zweckmäßigkeitsgründen gleich steuerfrei gelassen worden, um den umständlichen Weg der Fettsteuerrückerstattung zu vermeiden. Eine Teilung in Bezugsscheine von neun Kilogramm und Verbilligungsscheine von drei Kilogramm ist vorgesehen, während vorher die Bezugsscheine auf die ganze steuerverbilligte Fettmenge, also 12 Kilogramm im Jahre, ausgestellt waren.

Eine weitere Aenderung ist noch insofern in der Verordnung vorgesehen, als die Bezugsscheine neuerdings auch für Wurstwaren gelten.

Vom 1. November ds. Js. ab wird ein

Beimischungszwang für inländische Fette,

und zwar unächst nur für sogenanntes neutrales Schweinefett, in Höhe von 5 Prozent angeordnet, der je nach dem Anfall dieses Fettes allmählich gesteigert wird.

In gleicher Höhe wird auch das Margarinekontingent erweitert werden. Es handelt sich bei diesem neutralen Schweineschmalz um diejenigen fetten Teile des Schweineteiles, wie Kopf, Spitzbein usw., die bisher für die Speisefettverwertung nicht verwendet wurden und dadurch wesentlich zur Verteuerung des Schweinepreises beitrugen.

Früher bezog Deutschland dieses neutrale Schweineschmalz lediglich aus Amerika; aber es ist inzwischen gelungen, Schmalz der menschlichen Ernährung nutzbar zu machen Die Verordnung sieht für die Herstellung dieses neutralen Schweinefettes vor, daß nur bestimmte Firmen damit beauftragt werden dürfen und daß sich diese Firmen sich weiter bestimmten Richtlinien des Reichsernährungsministeriums unterwerfen müssen.

Generaldebatte in Genf

Englands Außenminister über die Abrüstung.

Bei vollbesetzten Bänken begann die Völkerbundsversammlung die politische Generalaussprache. An der Spitze der deutschen Delegation saßen die Reichsminister Freiherr von Neurath und Dr. Goebbels. Zu Beginn der Sitzung gab der Präsident den Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund bekannt.

Als erster Redner sprach der englische Außenminister Sir John Simon. Minister Simon führte aus, nichts sei geeigneter, die zweifellos vorhandene wirtschaftliche Besserung zu beschleunigen, als ein in kürzester Frist abzuschließendes Abkommen über die Abrüstung. Der Geist gegenseitiger Konzessionen und Zusammenarbeit, der eine Konvention über die Regelung und Kontrolle der Rüstungen verkörpern müsse, sei in der gegenwärtigen Zeit von größter Notwendigkeit.

„Wir bemühen uns," so sagte Simon, „den Weg von Hindernissen frei zu machen und den Konventionsentwurf in eine Form zu bringen, die der gegenwärtigen Situation am besten entspricht. Die erste Etappe der Abrüstung werde, wenn sie streng eingehalten werde, „einen ungeheuren Beitrag für die Schaffung größeren Vertrauens darstellen." Dadurch werde es möglich, zu einer substanziellen Abrüstung, wie sie in der Konvention selbst festgelegt werden solle, zu kommen."

Ohne auf das verwickelte Problem der Sicherheit einzugehen, wolle er nur sagen, daß es notwendig sei, das Vertrauen und gute nachbarliche Beziehungen herzustellen.

Nach dem englischen Außenminister sprach der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der u. a. erklärte, „Oesterreich verdanke dem Völkerbund wertvolle praktische und moralische Hilfe".

Zum Schluß trat der Vertreter Kanadas, Verkehrsminister Manio, mit Entschiedenheit dafür ein, daß der Völkerbund auf dem Gebiete der Abrüstung seine Pflicht erfülle. Die größte Enttäuschung, die der Völkerbund bereitet habe, liege auf dem Gebiete der Abrüstung.

Landwirtschafts-Hilfe

Die Befreiung der Land- und Forstwirtschaft von der Arbeitslosenversicherung.

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ab 1. Oktober 1933 ganz von der Arbeitslosenversicherung zu befreien.

Schon bisher war der größte Teil der Landarbeiter versicherungsfrei. Es waren vor allem zwei Gruppen *befreit:* das ländliche Gesinde, das durch eine günstige Arbeitsmarktlage vor Arbeitslosigkeit ziemlich geschützt ist (rund eine Million) und die Landarbeiter mit langfristigen Verträgen (rund 500 000). Versicherungspflichtig waren hauptsächlich Frei- und Saisonarbeiter (rund 900 000), die eher mit einem Eintritt der Arbeitslosigkeit rechnen mußten.

Die Regierung erwartet, daß die volle Versicherungsfreiheit, die die Sozialbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft fühlbar senkt, mit dazu beitragen wird, daß die Landarbeiter im Winter mehr als bisher auf ihren Stellen durchgehalten werden.

Die Befreiung bedeutet zwar einen recht beträchtlichen Beitragsausfall für die Arbeitslosenhilfe. Er beträgt monatlich etwa 3,1 bis 3,9 Millionen RM. Es müßten also im Jahresdurchschnitt rund 70 000 bis 85 000 Landarbeiter mehr beschäftigt werden, als im Vorjahr, um den Ausfall an Beitragsaufkommen durch Ersparnisse der Arbeitslosenunterstützung auszugleichen. Die Landwirtschaft hat aber schon in diesem Sommer zahlreiche Arbeitskräfte über die vorjährige Verwendung hinaus aufgenommen. Am 31. August waren rund 45 000 statistisch erfaßte Landarbeiter weniger arbeitslos als im Vorjahr.

Eine Fahrt zu den Alemannen dies- und jenseits des Rheins.

Fortsetzung.

Die Straßburger Sehenswürdigkeiten, die z. T. Weltruf haben, wie das Münster, die berühmte Astronomische Uhr im Innern des Münsters, werden heute wie jeher von internationalem Publikum besucht und bestaunt. Neu war mir, daß jetzt am Südportal, dem Eingang zur Astronomischen Uhr, eine Kasse zur Erhebung eines Eintrittsgeldes eingebaut war. Zu unserer Schülerzeit war der Eintritt frei, und manchmal liefen wir Jungens nach Schluß der nahen Schule mit den Fremden hinein zur Uhr und freuten uns an den monotonen Worten des Münster Schweizers, bevor die Uhr um 12 Uhr ablief: „Achtung vor de Taschediebe!"

Die repräsentativen Bauten der neueren Zeit, der ehemalige Kaiserpalast, das Landesausschußgebäude, dienen heute praktischen Zwecken, wie Kunstausstellungen und als Musikhochschulen. Der recht alte, schon zu Napoleon I. vorhandene Stadtgarten, die Orangerie, bietet dem Auge wie immer einen herrlichen Anblick mit seinen Teppichbeeten und großen Wiesen, den alten Baumbeständen und den Orangenbäumen, die s. Zt. Napoleon I. aus der schon erwähnten kleinen Residenzstadt Buchsweiler dem damaligen Landgrafen entführt haben soll.

Wir durchschreiten hinter der Orangerie die Reste der Umwallung und des Stadttores. Rings um die Stadt sind die Wälle gefallen, bezw. werden abgetragen. Am Wallgraben haben sich Naturfreunde ihre kleinen Schrebergärten vielfach mit einem Wochenendhäuschen angelegt. Wir gelangen am Ill-Rheinkanal entlang zum Rhein und sehen hier staunend die großen Veränderungen des Geländes. Viele, viele große Tanks zur Lagerung von Petroleum, Benzin und dergleichen weisen auf die Anlage eines Petroleumhafens hin, der hier im Bau ist. Auch die übrigen, noch aus deutscher Zeit stammenden Hafenanlagen sollen, wie man uns sagte, bedeutend vergrößert worden sein. Frankreich will aus Straßburg eine erste Binnenhafenstadt machen. Wir bemerkten denn auch einen regen Dampfer- und Motorschiffverkehr, wenngleich wir nur einen Teil der sich weit am Rheinufer aufwärts ziehenden Hafenanlagen sahen.

Die Abende verbrachten wir bei unseren elsässischen Freunden, manchmal auch im recht großen Kreise von Freunden sozialer und christlicher Liebesarbeit, in der ich damals vor 25—30 Jahren schon Schulter an Schulter mit ihnen stand. Da war es uns erfreulich zu hören, daß die Arbeiten weiter gehen, wenn auch jetzt in Anlehnung an Pariser Zentralen. Immerhin bedürfen unsere elsässischen Freunde, um die Verbindung mit ihren eigenen Volks- u. Glaubensgenossen besonders der einfachen Kreise nicht zu verlieren, deutsches Schrifttum. Wenn schon die in Straßburg erscheinenden Tageszeitungen aller Richtungen von rechts bis links — wir zählten deren fünf große Blätter — in deutscher Sprache erscheinen, um wieviel mehr muß das ein zum einfachen Mann sprechendes Organ tun. So haben wir uns als Straßburger Erinnerung Vereins- und evangel. Sonntagsblätter und Volkskalender mitgebracht, die alle in deutscher Sprache, aber in lateinischen Lettern — wohl behördlicherseits angeordnet — gedruckt sind.

Aus ihnen hören und lesen wir, was die elsässischen evangelischen Glaubensfreunde interessiert, was sie treiben, was sie freut und was sie bedrückt. Eine gute Ergänzung zu dem, was wir selbst vernahmen und erlebten. Einiges allgemeiner Natur wird auch die Leser des Aufwärts interessieren. Vor allem die Feststellung, daß die verschiedenen Arbeiten der Inneren Mission, die z. T. in deutscher Zeit schon bestanden oder geschaffen wurden, heute je nach den neuen Verhältnissen angepaßt fortgesetzt werden. So hörten wir vom evangelischen Volksbund, der in diesen Sommertagen gerade sein Jahresfest feierte. Im Mittelpunkt stand das Thema „Das volkstümliche Gepräge des elsässischen und lothringischen Protestantismus". Viele der auch uns geläufigen Fragen kamen bei der Aussprache vor. Manche davon sind im Elsaß der Lösung nahe. So die reine Pfarrerkirche lehnt man ab und betont das allgemeine Priestertum durch eine gewisse Mitwirkung der Laien. Sollte damit auch die Tatsache begründet sein, daß die elsässische Kirche der Nachkriegszeit weibl. Pfarrer kennt? Solche sind tatsächlich auch im Amt und zu allen Amtshandlungen, vor allem Predigt auf der Kanzel, zugelassen. Während bei uns wohl noch der Grundsatz gilt: mulier taceat in ecclesia (die Frau schweige in der Kirchgemeinde), soll auch die benachbarte Schweiz weibliche Pfarrer bereits einstellen. Als ernste Frage der Zukunft wurde die schon oben gestreifte Sprachenfrage bezeichnet insofern man befürchtet, daß die volkskirchlichen Wesenszüge verschwinden könnten, da die gebildete Jugend durch ihre französische Schulbildung der elsässischen Volkskirche entfremdet werde. Kirchengesang wie Posaunenchöre verschönern solch christliche Feste wie bei uns. —

Viel noch wäre zu sagen vom regen Vereinsleben der Chr. V. j. M. (christl. Jungmännerveine). Nur einiges Wenige hier. Bemerkenswert, daß wie bei uns für die wandernde Jugend Ferienlager, Freizeiten in den herrlichen Vogesenbergen abgehalten werden. Gerne hören wir — und das geht die über ganz Deutschland zerstreuten ehemaligen Mitglieder und Führer der elsässischen Jungmännerarbeit an —, daß unsere elsässischen Freunde mit tiefer Dankbarkeit gedenken all der treuen Männer und Frauen, die s. Zt. am Werk gestanden haben und jeder an seiner Stelle im Weinberg des Herrn dienten. Der

Reichsbischof Müller

Berufung durch die erste deutsche Nationalsynode

Die erste deutsche Nationalsynode in Wittenberg wählte den preußischen Landesbischof Ludwig Müller zum ersten Reichsbischof.

In das geistliche Ministerium berief Reichsbischof Müller den Landesbischof Schöffel-Hamburg für die Lutheraner, den Seminardirektor Weber-Münster (Westfalen) für die Reformisten, Bischof Hossenfelder-Berlin für die Unierten und als juristisches Mitglied Rechtsanwalt Dr. Werner-Berlin, die von ihm auf die Kirchenverfassung vereidigt wurden. Bischof Hossenfelder dankte im Namen des deutschen evangelischen Kirchenvolkes dem Reichsbischof und legte in dessen Namen ein Treuebekenntnis ab.

Nach seiner Berufung hielt Reichsbischof Müller vor der Nationalsynode eine programmatische Rede. Der heutige Tag, so führte Reichsbischof Müller aus, ist für die Geschichte der Evangelischen Kirche und für die Geschichte des deutschen Volkes von größter Bedeutung.

Ein alter Traum Dr. Martin Luthers, eine alte tiefe Sehnsucht deutschen evangelischen Hoffens geht in Erfüllung, weil aus Traum und Sehnsucht ein Ziel geworden ist, erkämpft und erstritten mitten in den großen Lebensentscheidungen der Nation und in enger Verbindung mit ihr.

Je größer die Aufgaben sind, die wir jetzt vor uns sehen, je gewaltiger ist der geschichtliche Augenblick, in dem wir stehen. Der ewige Herr der Kirche hat uns als seine Streiter ins Feld gerufen.

Darum sei es hier frei und ehrlich bekannt, in der neugeeinten deutschen Evangelischen Kirche hat nur einer die Leitung und Führung: Jesus Christus, gestern und heute, und derselbe auch in Ewigkeit. Was nun heute auf Grund der neuen Verfassung werden wird, ist kein lockerer Kirchenbund, sondern eine einheitliche Kirche, vielgestaltig in ihren Gliedern, aber eins in bleibendem Grunde, in der Erkenntnis, daß die großen Aufgaben der Gegenwart gelöst werden müssen.

Hier muß der Glaubensbewegung Deutsche Christen besonders gedacht werden, von der der Führer anerkennend geschrieben hat: „Ihnen wird trotz aller Anfeindungen die Geschichte einmal das Zeugnis ausstellen, eine der entscheidensten Taten des religiösen Lebens unseres Volkes gefühlt, gefordert und am Ende mit vollbracht zu haben."

Die ganze deutsche Freiheitsbewegung mit ihrem Führer, unserem Kanzler, wird von uns empfunden als ein Geschenk Gottes, gegeben in einer Zeit der Entscheidung, wo die Feinde des Kreuzes Christi auf dem besten Wege waren, unser Volk innerlich und äußerlich völlig zu vernichten.

Aus dem Siegeszug der deutschen Freiheitsbewegung hören wir das mahnende und aufrüttelnde Rufen unseres Gottes. Wir *sind* des ehrlichen und aufrichtigen Willens, auf diesen *Ruf* Gottes zu hören und danach zu tun. Darum *müssen wir* uns in dieser feierlichen Stunde unserer großen Verantwortung bewußt werden und uns die Frage vorlegen, was sind wir als Männer der Kirche unserem Volke schuldig?

Gerade der Ewigkeitsauftrag der Kirche verlangt, daß wir die gegenwärtige Stunde erkennen. Ein neues Reich ist im Werden, der neue Mensch im neuen Reich will auch werden. Da darf die Kirche nicht warten, bis die Menschen zu ihr kommen, sondern die Kirche muß die Menschen suchen, und zwar die Menschen wie sie heute einmal da sind.

So heißt der Auftrag der Kirche, heran an das deutsche Volk mit einer befreienden, helfenden, fröhlichen Botschaft von Christus dem Kämpfer, dem Heiland, dem Herrn. Und das ist der Ruf zu Kampf und Arbeit.

Wir wollen darüber wachen, daß die Bekenntnisse in ihrer doppelten Gestalt unangetastet bleiben, und zwar so, daß wir daraus gerade den Auftrag Gottes erkennen, heute in unserer Lage eine bekennende Kirche zu sein und zu werden. Das gemeinsame Kleinod aller Kirchen, die Reformation, ist und bleibt die Rechtfertigung allein aus dem Glauben. So haben wir die große Aufgabe, dieses Evangelium unserem Volke in seiner Art und Sprache zu bringen.

Bekenntnis zur Volksgemeinschaft

Aus dieser Verpflichtung ist den meisten von uns das Begehren entstanden, die Verkünder des Evangeliums und die Verwalter der Kirche müßten auf deutschem Boden, deutschen Blutes sein. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir als deutsche evangelische Christen mit der Gestaltung und dem Schicksal unserer Volksgemeinschaft fest und unzertrennbar verbunden sind; diese Volksverbundenheit empfinden verantwortlich als eine gottgewollte.

Wir denken dabei nicht daran, die überzeitliche Einheit der Kirche Christi, die Gemeinschaft im Wort und Sakrament auch mit den Angehörigen anderer Nationen und Rassen zerreißen zu wollen, aber die Gleichheit vor Gott schließt nicht die Ungleichheit der Menschen untereinander aus, die doch auch auf Gottes Willen zurückgeht.

Aus allen bisherigen Erörterungen dürfte klargeworden sein, daß die deutsche evangelische Kirche keine gleichgültige Neutralität dem Staate gegenüber kennt. Wir wollen aber andererseits auch nicht Staatskirche sein. Was wir aber als gewaltige Aufgabe erkennen, daß ist die Verantwortung gegenüber dem Staat.

Dabei ist es für uns eine herzstärkende Freude, daß diesem neuen Verantwortungswillen der Kirche auch ein neuer Staat gegenübersteht, mit dem ausgesprochenen Willen, die kirchliche Arbeit zu fördern und ihr im Ganzen der Volksgemeinschaft den Raum und die Freiheit zu gewähren, die sie braucht. Dieser Staat wird den evangelischen Einfluß auf die heranwachsende Jugend mit Verständnis und Fürsorge behandeln, die Aufgaben der kirchlichen Liebestätigkeit als Mithilfe begrüßen. Die Gewissensfreiheit wird und will er nicht hindern, sondern gerade anerkennen.

Vertrauen ist die Grundlage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im neuen Staat.

So bleibt der Staat Staat und die Kirche Kirche. Vertrauen soll und wird auch die Grundlage unserer Beziehungen zu den evangelischen Kirchen des Auslandes sein. Ich benutze die Gelegenheit, von dieser Stätte aus, auf welche die gesamte evangelische Christenheit der Welt mit Dankbarkeit blickt, Gruß und Segenswunsch der geeinten deutschen evangelischen Kirche zu entbieten. Auch zu den übrigen Kirchengemeinschaften innerhalb unseres Vaterlandes möchten wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

Wir wünschen nicht, daß die werdende neue Volksgemeinschaft durch konfessionelle Kämpfe zerrissen wird.

Eine Sorge liegt uns besonders am Herzen. Es ist die Sorge um den

Neuaufbau des Pfarrerstandes

und der Neuaufbau der Gemeindearbeit. Von dem Pfarrer ist ein neues Amtsbewußtsein zu fordern, das keine Standesdünkel kennt, sondern aus dem Bewußtsein persönlicher Verantwortung erwächst. Dieses Amtsbewußtsein kann aber nur echt sein, wenn es in lebendiger Volksverbundenheit wurzelt.

Darum muß der junge Theologe den Dienst am Volk und Vaterland in der SA. und im Arbeitslager als Ehrenpflicht ansehen.

Begeisterte Prediger und Lehrer sollen ins Land ziehen, nicht „geistliche Beamte" wollen wir haben, sondern Kämpfer unseres Herrn Jesu Christi, die zum Dienst an der Gemeinde berufen sind.

Brachte uns das neue Reich eine neue Volkskameradschaft, soll uns die neue Kirche eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Opfers bringen. Der kirchenpolitische Kampf ist vorbei, der Kampf um die Seele des Volkes beginnt.

Als der Reichsbischof seine Ausführungen beendet hatte, sprachen ihm die Mitglieder des geistlichen Ministeriums, die Vertreter der Staats- und Reichsregierung und andere Ehrengäste ihre Glückwünsche aus.

In einem Schlußgebet erbat der Reichsbischof den Segen Gottes für sein verantwortungsvolles Amt, für das deutsche Volk, den Reichspräsidenten, den Kanzler und Führer, für die evangelischen Glaubensgenossen jenseits der Reichsgrenzen und schließlich für alle Völker, damit alles Wahre, Reine, Heilige und Große zum Siege komme und seine Wahrheit sich ausbreite. Das Gebet ging über in das Vaterunser. Der Reichsbischof schloß mit einem Segensspruch für die Gemeinde und vertagte die Synode. Mit dem Gesang des alten Reformationsliedes „Ein' feste Burg ist unser Gott" fand diese bedeutsame Tagung für die Deutsche Evangelische Kirche ihren Abschluß.

Am Abend wurde dem Reichsbischof ein Fackelzug dargebracht. Vom Balkon des Rathauses begrüßte der Reichsbischof die Menge, die ihm immer wieder zujubelte. Der feierliche Gesang des alten Liedes „Ich bete an die Macht der Liebe" schloß den unvergeßlichen, historischen Tag in der Lutherstadt Wittenberg.

---

beste Dank, so meinen wir, besteht aber darin, daß die Arbeit unentwegt fortgesetzt wird. Zeugnis dessen ist die uns zum Abschied überreichte Festschrift anläßlich des 80-jährigen Bestehens (1852—1932) des Chr. V. j. M., in der mit Bild und Wort auch der Führer und Helfer gedacht ist, die heute rechts des Rheins weiterwirken.

Aber auch unsere reichsdeutschen inneren Kämpfe um die Kirche werden von den alemannischen Vettern mit Teilnahme verfolgt. Das zeigt ein Blick in ihre Vereins- und Sonntagsblätter. So waren zuletzt P. von Bodelschwingh mannhafte Worte anläßlich seines Rücktritts von der Lutherstadt Eisenach aus an alle die, die die evangelische Kirche lieben, wörtlich zum Abdruck gebracht von Anfang bis zu Ende (Evangel. Sonntagsblatt für Elsaß-Lothringen v. 16. 7. 1933, Nr. 29).

Ein Ausflug zu dem nicht allzu weit entfernten Odilienberg in den Vogesen bildete den Abschluß der elsässischen Alemannentage. Eine nach dem großen Kriege angelegte elektrische Ueberlandbahn führt durch die anmutigen Dörfer und kleinen ehemaligen Reichsstädtchen wie Oberehnheim und Ottrott dicht an dem Fuß der Berge. Ueber die Ottrotter Schloßruinen, Lützelburg und Ratsamhausen, Schlösser, wie sie sich in großer Zahl an der längs des Rheintals sich hinziehenden Vorkette der Vogesen finden. ging's über den Elsberg und an der Heidenmauer entlang. Die Heidenmauer soll von den Ureinwohnern des Landes (Kelten) als eine sogenannte Fliehburg zum Schutz gegen die andringenden Germanen erbaut sein. Heute, nach vielen Jahrhunderten, sind noch deutlich an den Kanten der großen Steinblöcke die sogenannten Schwalbenschwanzeinkerbungen zu bemerken, in denen die Eichenholzverbindungsklötze saßen, die so den aneinandergereihten heute übermoosten Steinblöcken den nötigen Halt gaben.

Schluß folgt.

Bildung von Reichserbhöfen

Bedeutsame Kabinettsbeschlüsse.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit den Fragen des deutschen Bauernrechtes und erörterte die Maßnahmen, die notwendig sind, um die Scholle dem Bauerngeschlecht zu erhalten. Dazu gehört die Schaffung eines für das ganze Reichsgebiet gültigen einheitlichen Reichs-Erbhofrechts, das Verschuldung und Zersplitterung durch Erbgang verhindert und die Höfe aus den Zufälligkeiten des wirtschaftlichen Geschehens herauslöst. Hierzu soll auch eine Umschuldung der durch dieses Gesetz zu schaffenden Erbhöfe dienen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wurde vom Reichskabinett ermächtigt, im Zusammenwirken mit den zuständigen Reichsministerien die gesetzlichen Bestimmungen im einzelnen festzulegen.

Mit der Schaffung eines neuen deutschen Bauernrechts, eines Reichserbhofrechts und einer damit verknüpften Umschuldung der Erbhöfe ist ein weiterer Schritt getan auf dem Wege zur völligen Neuorganisation des deutschen Bauerntums, zur Neuverwurzelung der deutschen Landwirtschaft.

Nach Auffassung des Reichsernährungsministers sind Erbhofrecht und Umschuldung nicht voneinander zu trennen.

Greuellügen widerlegt

Ausländer über van der Lubbes Befinden

Das Hauptinteresse am sechsten Verhandlungstag im Reichstagsbrandstifterprozeß gilt den Auswirkungen der vom Präsidenten Bünger am Vortage angekündigten Umstellung im Verhandlungsverfahren. In Durchführung dieser Umstellung werden fortan mit van der Lubbe zugleich die Beamten gehört werden, die den Hauptangeklagten in der Voruntersuchung vernommen haben. Am Freitag wird dann mit Rücksicht auf den Deutschen Juristentag eine kurze Unterbrechung des Prozesses stattfinden. Die Wiederaufnahme der Verhandlung erfolgt Dienstag nächster Woche.

Das Wort erhält Professor Soedermann-Stockholm, der van der Lubbe am Vortag in Begleitung eines holländischen Journalisten im Gefängnis aufgesucht hat. Professor Soedermann wird vereidigt und äußert sich dann wie folgt über seinen Besuch im Untersuchungsgefängnis:

Ich habe mich gestern nach dem Untersuchungsgefängnis zu van der Lubbe begeben, weil man in der Auslandspresse so viel geschrieben hat, daß van der Lubbe mißhandelt und gepeinigt würde, daß man ihm Morphium- oder Kokaineinspritzungen gegeben habe und daß darauf sein eigenartiges Verhalten im Gerichtssaal zurückzuführen sei.

Ich habe den Angeklagten in seiner Zelle besucht und alles in bester Ordnung gefunden.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Können Sie uns sagen, ob folgende Gerüchte, die im Auslande verbreitet sind, auch nur in irgendeinem Punkte gerechtfertigt erscheinen können: es wird behauptet, daß van der Lubbe schon kaum noch am Leben sei.

Zeuge: **Nein. Ich habe den Eindruck, daß er sogar sehr gut lebt.**

Rechtsanwalt Dr. Sack: Es wird weiter behauptet, daß man an ihm mit langsam wirkenden Giften arbeite.

Zeuge: Ich habe ihn auch gefragt, ob er irgendwann oder irgendwo nach der Einnahme von Essen oder Getränken sich merkwürdig in irgendeiner Weise gefühlt habe. Er hat sehr kräftig verneint.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Es wird weiter behauptet, van der Lubbe zeige typische Anzeichen einer Rauschgiftbearbeitung. Haben Sie sich davon überzeugt, ob van der Lubbe an seinem Körper Injektionseinstichnarben zeigt?

Zeuge: **Ich habe nichts dergleichen festgestellt.**

Vernehmung der Kriminalkommissare

In Fortsetzung der Vernehmung van der Lubbes wird dann Kriminalkommissar Heisig über die Aussagen gehört, die van der Lubbe früher über die Brandstiftungen im Wohlfahrtsamt, im Rathaus und im Schloß gemacht hat. Als van der Lubbe am 27. Februar festgenommen worden sei, habe man zunächst nur gewußt, daß der Verdacht der Brandstiftung im Reichstag auf ihn lasse. Im Verlaufe der Vernehmung habe van der Lubbe dann mitgeteilt, daß er auch die anderen Brandstiftungen verübt habe. Der Angeklagte habe mehrfach betont, daß es „zweckmäßig" sei, öffentliche Gebäude in Brand zu setzen, um viele Leute anzulocken. Die Sache solle für die „Arbeiterschaft" ein „Signal und Fanal" sein. Weiter habe Lubbe damals noch geäußert, über die Hitler-Regierung sei er bereits in Holland orientiert gewesen. Van der Lubbe habe auch seine finanziellen Verhältnisse dargelegt und dabei den Kauf der Kohlenanzünder nicht verschwiegen.

In einer Zwischenbemerkung versuchte dann der angeklagte frühere kommunistische Abgeordnete Torgler aus Lubbes Absicht, in einer aufgelösten Sportpalast-Versammlung als Diskussionsredner aufzutreten, die „oppositionelle" Einstellung des Reichstagsattentäters gegenüber der KPD. zu „belegen".

Alsdann erhält das Wort

Reichsgerichtsrat Vogt,

der die Voruntersuchung in der Reichstagsbrandstiftungssache geführt hat. Im wesentlichen machte der Untersuchungsrichter folgende Ausführungen:

Van der Lubbe hat während der Dauer der Voruntersuchung die Auskünfte gegeben, die ich von ihm gewünscht habe. Die Art, in der er zu sprechen pflegte, war so, daß er genau überlegte, was er sagte. Es dauerte manchmal etwas lange, ehe er mit der Antwort fertig war. Wir Kollegen haben uns wiederholt darüber ausgesprochen, daß

van der Lubbe ein ganz eminentes Gedächtnis hatte für die verschiedenen Vorfälle in seinem Leben, wie man es selten findet.

Im übrigen war es nicht leicht, van der Lubbe zu vernehmen. Wenn van der Lubbe jetzt eine andere Einstellung zeigt als bei den Vernehmungen, so erkläre ich mir das so: Er ist ein Mensch, der sich aufbäumt, wenn man ihm einen Vorhalt macht, den er für unberechtigt oder wenn man ihm Fragen stellt, die nach seiner Meinung überflüssig sind. Das habe ich sehr schnell bemerkt und habe es nach Möglichkeit vermieden, ihn in eine solche Lage zu bringen.

Die Schwierigkeiten bei der Vernehmung tauchten immer dann auf, wenn ich die Frage anschnitt, ob er denn wirklich alles allein gemacht habe. Wenn ich ihn fragte, ob er das Wohlfahrtsamt, die anderen Gebäude und den Reichstag angezündet habe, so antwortete er klar und deutlich: Jawohl, das habe ich gemacht. Sobald ich ihm aber z. B. vorhielt, was über seine Gespräche mit den Leuten in Neukölln ermittelt worden war, dann fing er an, die Tatsachen zu bestreiten.

Lubbe hatte Helfer

Bei der letzten Vernehmung über den Reichstagsbrand habe ich van der Lubbe eine große Zahl von Vorhalten gemacht.

Ich habe ihm gesagt, die Auffassung der Sachverständigen gehe übereinstimmend dahin, daß es technisch einfach unmöglich sei, daß van der Lubbe den Brand allein gelegt habe und daß er so gelegt worden sei, wie er ihn geschildert habe.

Etwas Bestimmtes war aus ihm nicht herauszubekommen, und ich könnte mir denken, daß diese meine ernsten Vorhalte den Anstoß dazu gegeben haben, daß er sich nun entschlossen hat, nichts mehr zu sagen, da das, was er sagen

könnte, ihm unter keinen Umständen geglaubt werden kann. Das ist meine Erklärung für sein jetziges Verhalten

Wenn van der Lubbe lacht oder so vor sich hinschmunzelt, dann lügt er.

Wenn er aber laut lacht, dann hält er eine Frage für so selbstverständlich, daß er sagen möchte: „Weshalb fragst du mich eigentlich noch einmal darüber."

In allen Punkten wo es darauf ankam, festzustellen, daß noch andere Personen dabei waren, hat er die Unwahrheit gesagt. Wenn es dagegen darauf ankam, festzustellen, daß van der Lubbe der große Held sei, der etwas gemacht hat, dann sagte er die Wahrheit.

Bei den späteren Vernehmungen hat er die Gespräche vor dem Wohlfahrtsamt dann im wesentlichen zugegeben. Er betonte, die Revolution könne nicht mit dem Stimmzettel, sondern nur mit Gewalt, nur durch

ungesetzliche Aktionen

herbeigeführt werden.

Er hat alles bestritten, was die Brücke bilden könnte zur Zentrale der KPD. und hat deshalb verschwiegen oder bestritten, daß er vom Wohlfahrtsamt nicht allein gegangen, sondern von anderen mitgenommen wurde zu Schlaffke.

Auftritt mit Dimitroff

Zum Schlusse der Sitzung wird der bulgarische Angeklagte Dimitroff überaus frech. Unter Ausfällen gegen die Voruntersuchung fragt er den Untersuchungsrichter, ob er am 1. April eine Mitteilung herausgegeben habe, die drei Bulgaren hätten in Verbindung mit van der Lubbe die Reichstagsbrandstiftung durchgeführt. Der Vorsitzende muß schließlich dem Bulgaren zurufen: „Das dulde ich nicht länger, halten Sie den Mund!" Zur Sache selbst erklärt Untersuchungsrichter Vogt:

Es ist richtig, daß damals die Erklärung abgegeben worden ist, von der Verbindung der drei Bulgaren mit dem Reichstagsbrandstifter van der Lubbe. Ich hatte nicht nur das Recht, diese Erklärung damals abzugeben, sondern diese Erklärung ist durch die weiteren Untersuchungen bestätigt worden. Auf die drei Bulgaren sind wir ja nur dadurch gekommen, weil ihre Beziehungen zu van der Lubbe festgestellt waren, sonst hätte man sie ja gar nicht festgenommen.

Auch jetzt noch setzen sich die Auftritte mit Dimitroff fort. Die Strafprozeßordnung in der Hand schreit der Bulgare in den Saal und stößt Beleidigungen gegen den Untersuchungsrichter aus. **Als Dimitroff seine Bemerkungen fortsetzt, ruft ihm der Vorsitzende ein entschiedenes „Halt!" entgegen. Dann wird energisch durchgegriffen. Polizeibeamte nehmen den Angeklagten Dimitroff am Arm und ziehen ihn auf seinen Stuhl nieder. Der Senat verläßt den Saal, während sich der Bulgare in neuen Beschimpfungen ergeht.**

Nach einer Pause kehrt der Senat zurück. Der Vorsitzende verkündet, daß dem Angeklagten Dimitroff das Wort entzogen wird. Es wird ihm weiter mitgeteilt, daß er sofort abgeführt wird, wenn er noch ein Wort sagt.

Die Verhandlung wird darauf auf Donnerstag vertagt.

Deutsche Journalisten ausgewiesen

Befremdliches Vorgehen Rußlands.

Wie bekannt, wurden Vertreter kommunistischer und sozialistischer Zeitungen zu dem Reichstagsbrandprozeß nicht zugelassen, da auf Grund des Verhaltens der Zeitungen dieser Richtungen bereits vor Beginn des Prozesses eine objektive Berichterstattung nicht erwartet werden konnte. In Verfolg dieses grundsätzlichen Ausschlusses sämtlicher kommunistischen und sozialistischen Zeitungen konnte auch den Vertretern der Sowjetpresse die Teilnahme am Leipziger Prozeß nicht ermöglicht werden. Zwei Vertreter der Sowjetpresse in Berlin begaben sich trotzdem nach Leipzig, wo sie sich verdächtig machten und infolgedessen am 22. d. M. festgenommen, bereits aber nach einigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Die Tatsache, daß trotz der Nichtzulassung zum Leipziger Prozeß diese beiden Journalisten sich nach Leipzig begaben, kann nur als bewußte Umgehung einer Maßnahme, die im Interesse einer objektiven Berichterstattung über den Reichstagsbrandprozeß von den zuständigen Stellen getroffen worden war, gewertet werden.

Diese Tatsache hat die Sowjetregierung zum Anlaß einer schwerwiegenden Maßnahme genommen.

Sie hat den deutschen amtlichen Stellen mitgeteilt, daß sämtliche Vertreter der Sowjetpresse binnen drei Tagen aus Deutschland zurückgezogen würden, und sie hat den deutschen Pressevertretern in Moskau nahegelegt, die Sowjetunion ebenfalls zu verlassen. Im Interesse der von Deutschland stets gewünschten freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion ist zu hoffen, daß dieses Ansinnen an die deutschen Pressevertreter in Moskau wieder zurückgenommen wird, um so mehr, als es doch keine begründete Gegenmaßnahme dafür sein kann, daß die beiden Berliner Vertreter der Sowjetpresse durch eigne Schuld sich der Möglichkeit einer Verhaftung aussetzten.

Bei der Beurteilung der von der Sowjetregierung getroffenen Maßnahmen fällt erschwerend ins Gewicht, daß das Ergebnis der deutscherseits unverzüglich eingeleiteten Ermittlungen nicht abgewartet wurde, und diese Maßnahme auch ohne Rücksicht darauf erfolgt ist, daß sowohl von dem Polizeipräsidenten in Leipzig und auch von der deutschen Regierung sofort das Bedauern ausgesprochen worden ist.

Die Katastrophe in Tampico.

300 Tote und 3000 Verletzte

Der Sachschaden drei Millionen Dollar.

— **Neuyork**, 27. September. Aus Tampico wird gemeldet: Der Militärkommandant schätzt die Gesamtverluste in Tampico auf über 300 Tote und 3000 Verletzte.

Der amerikanische Konsul in Tampico hat den Sachschaden auf mindestens 3 Millionen Dollar veranschlagt.

Verschiedenes.

Für den Lutherlag, den die gesamte evangelische Christenheit in Deutschland feierlich begehen wird, hat der Reichsverband evg. Schulgemeinden, Barmen, Siegesstraße 128, eine Schrift „Unser Luther" herausgebracht, die für die Hand der Mütter gedacht ist, damit im deutsch-evangelischen Hause mit der Kinderschar das Schriftchen gelesen weren soll. Es kostet im Einzelbezug 20 Pfennig, 10 Stück 1,50 Mk., 20 Stück 2,50 Mk.

Lebensmittel-Sammlungen für die Verbände der Reichsgemeinschaft der fr. Wohlfahrtspflege gestattet.

Der Reichsleiter der N.S.-Volkswohlfahrt hat folgende Verfügung erlassen:

„An die Gauleiter, Landes- und Provinzialführer des W.H.W., Landes- und Provinzialpropagandaleiter des W.H.W. und Gau-, Kreis- und Gruppenführer des W.H.W.

Den Verbänden der Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege habe ich die gewohnten und in den Vorjahren üblichen Herbstsammlungen für ihre Einrichtungen genehmigt. Die Ausnahme ist begründet durch die Notwendigkeit, für die Wohlfahrtspflege wichtige Einrichtungen zu erhalten. Die Gau- und Landesführer des Winterhilfswerkes verständigen sich hierüber mit den jeweiligen Führern dieser Organisationen. Ich bemerke aber, daß alle diese genehmigten Sammlungen keinerlei Frachtfreiheit genießen noch erhalten dürfen, da sie außerhalb des Winterhilfswerks und ohne unsere Unterstützung durchgeführt werden."

Demnach sind auch die bisherigen Sammlungen für die christlichen Liebesanstalten, die durch den Zentralausschuß für Innere Mission der Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege angehören, erlaubt.

Hiermit dürfte eine bisher vorwaltende Unklarheit endgültig behoben sein.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld. **Der große Thomaner-Chor in Bielefeld.** Unseren Lesern können wir zu unserer Freude ankündigen, daß der weltberühmte Thomaner-Knabenchor aus der Thomasschule zu Leipzig am 6. Oktober in der Altstädter Nicolaikirche unter seinem berühmten Leiter, dem Thomaskantor Prof. D. Dr. Straube, ein großes geistliches Konzert geben wird. Seit Bach den Weltruhm dieses Chores begründete, hat der Thomanerchor stets als der Inbegriff klassischer geistlicher Chormusik gegolten. Und daß sein langjähriger Führer Karl Straube berufen ist, beste Bachsche Tradition zu erfüllen, davon legen die allsonntäglichen Reichssendungen der Bachkantaten beredtes Zeugnis ab. Nichts kann deutschen Geist und deutsche musikalische Kunst in ihrer Weltgeltung so gut bekunden, wie diese Reichsmorgenfeiern. Der berühmte Chor besucht Bielefeld überhaupt zum ersten Male und wird am 6. Oktober die kulturellen Veranstaltungen des kommenden Winters würdig einleiten, wofür der Pfefferschen Buchhandlung, die sich seit Jahren um diesen Chor bemüht hat, nur gedankt werden kann. Der Vorverkauf hat in der genannten Buchhandlung im Crüwellhause bereits begonnen. Die Pfeffersche Buchhandlung nimmt dankbar auch Meldungen solcher Familien an, die gegen Freikarten einen oder mehrere Sängerknaben in Quartier nehmen möchten. Den Besuch dieser kulturell und künstlerisch einzigartigen Abendfeier möchten wir wärmstens befürworten.

Nach langem schweren Leiden ist heute unsere treusorgende liebe Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Schäperkötter
geb. Habighorst

im Alter von 68 Jahren in Frieden heimgegangen.

In stiller Trauer
Helene Biermann
geb. Schäperkötter
Paul Schäperkötter
Elisabeth Lind
geb. Schäperkötter
Ernst Biermann
Irmgard Schäperkötter
geb. Puls
Dr. Rudolf Lind
und 7 Enkelkinder.

Bethel, Bielefeld, Atlanta U.S.A., 25. Sept. 1933.

Die Beerdigung findet in Werther am Freitag, den 29. September, vom Hause Ravensbergerstr. 19 aus statt. Vorfeier daselbst um 2¾ Uhr.

Kyffhäuser-Schule * Roßla-Harz
Gegründet 1889 nebst Pädagogium auf christlicher Grundlage, Privat-Realschule mit Latein. Vorschule bis U II einschließlich Verbandsabschlussprüfung. Beste Erfolge. Frohe Jugend bei Arbeit, Sport und Spiel. Aufnahme vom 6. Lebensjahr an. Prospekt durch die Direktion.

Bethel.

— **Die Invaliden- und Unfallrenten für Oktober werden am 30. September gezahlt.**

— **Photo-Filme,** etwa 8 Stück, verloren. Der Finder wird gebeten, solche in der Druckerei abzugeben.

Für den Herbst

sind alle Neuheiten in

Hauskleiderstoffen
Unistoffen, Schotten
Seidenstoffen und
Mantelstoffen etc.

in großer Auswahl neu eingetroffen!

Die Preise sind überraschend billig!

Heinr. Hirz
Bielefeld **Obernstraße 35**

Lohnende Einnahme
Solid. Bremer Versandhaus sucht christl. ges. Personen f. d. Vertrieb v. qualitativ gutem Kaffee u. Tee A. Bätjer, Bremen, Franziusstr. 38

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

Hasliberghaus Goldern
Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost). Geistigrege, freudig. Hausgemeinsch. Erfolgreiche Herbst- und Winterkuren. Illustrierten Prospekt vom Hausvater
Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON No 1306

Meine
Herbst-Neuheiten
in Woll- u. Seidenstoffen
sind in reichster Auswahl am Lager.
Praktische und elegante Stoffe in kleidsamen Farben und hübschen Musterungen, dabei von äußerster Preiswürdigkeit.
Buddeberg
Bielefeld **Niederstraße 5–9**

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.